

Alterssicherung | 27.04.2017 | Lesezeit 3 Min.

Rentenpolitik: Die Jungen sind die Dummen

Mit der Mütterrente und der abschlagfreien Rente mit 63 hat die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD nach der Wahl von 2013 Geschenke verteilt. Neue Berechnungen des IW Köln zeigen jetzt: Die beiden Neuregelungen kommen die Jungen teurer zu stehen als seitens der Regierung veranschlagt. Würde die Mütterrente noch einmal ausgeweitet, wie es die CSU erwägt, wären die Zusatzkosten immens.

Ob Hamburger Elbphilharmonie, Kölner U-Bahn oder Berliner Flughafen – die Kosten vieler Großprojekte liegen weit über dem einst veranschlagten Preis. Eine neue IW-Studie verdeutlicht: Dieser Befund gilt nicht nur für prestigeträchtige Infrastrukturprojekte, sondern auch für sozialpolitisch motivierte Gesetzesänderungen. Konkret haben sich die IW-Wissenschaftler mit der Mütterrente beschäftigt und mit der Option, bereits mit 63 Jahren abschlagfrei in Rente zu gehen:

Die Mütterrente kostet Milliarden

Bevor sie im Juli 2014 in Kraft trat, erhielten Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, lediglich einen Entgeltpunkt respektive ein Erziehungsjahr für die Rente gutgeschrieben. Durch die Neuregelung sind es zwei Jahre beziehungsweise Punkte. Im Ergebnis kostete diese Besserstellung der Mütter allein im zweiten Halbjahr 2014 rund 3,3 Milliarden Euro. Laut Bundesregierung sollten die Ausgaben 2015 bei 6,7 Milliarden liegen und bis 2030 auf rund 6,1 Milliarden Euro jährlich sinken.

Doch diese Zahlen sind wenig realistisch: Die Regierung rechnet mit „heutigen Werten“, vernachlässigt also die regelmäßigen Rentenerhöhungen. So lagen die Kosten für die Mütterrente schon 2015 bei geschätzt 6,8 Milliarden Euro (Grafik).

In der aktuellen Legislaturperiode - also bis Ende 2017 - dürften sich die Zusatzkosten der Mütterrente auf 24,3 Milliarden Euro summieren.



Und im Jahr 2030 werden wahrscheinlich 8,7 Milliarden Euro zusätzlich anfallen – und nicht die von der Bundesregierung avisierten 6,1 Milliarden Euro.

Eine Ausweitung der Mütterrente würde bis 2030 fast 100 Milliarden Euro kosten.

Trotz dieser beträchtlichen Mehrkosten liebäugelt die CSU damit, die Mütterrente noch einmal aufzustocken: Mütter mit Kindern, die vor 1992 geboren wurden, sollen künftig drei statt zwei Jahre als Erziehungszeit angerechnet bekommen – so wie schon heute alle Mütter, die nach 1992 Kinder bekommen haben.

Käme es zu dieser neuerlichen Ausweitung der Mütterrente, wären zwischen 2018 und 2030 noch einmal knapp 98 Milliarden Euro zusätzlich zu finanzieren.

Bis dahin sind aber bereits für das gerade erst eingeführte zweite Erziehungsjahr 106 Milliarden Euro zusätzlich zu schultern. Dafür geradestehen müssten wieder all jene jungen Menschen, die schon jetzt im Rentensystem auch ohne Besserstellung der Mütter die erheblichen Lasten des demografischen Wandels zu schultern haben.

Die abschlagfreie Rente mit 63 treibt Zehntausende in den Vorruhestand

Parallel zur Mütterrente hat die Koalition aus CDU/CSU und SPD im Juli 2014 die abschlagfreie Rente mit 63 eingeführt: All jene, die mindestens 45 Versicherungsjahre nachweisen können, dürfen nun bereits deutlich vor dem offiziellen Renteneintrittsalter ohne Abschläge aus dem Berufsleben ausscheiden. Das wirkt ganz offensichtlich als Anreiz zur Frühverrentung (Grafik):

Im Jahr 2012 gingen 12.300 langjährig Versicherte vorzeitig in den Ruhestand. Im Jahr 2014, als die Neuregelung in Kraft trat, waren es gut 151.000 und 2015 bereits mehr als 274.000.

Rente mit 63: Der Anreiz wirkt – und kostet

Zahl der vorzeitigen Renteneintritte besonders langjährig Versicherter

Ab 2014: abschlagfreie Rente mit 63


	2012	2013	2014	2015
Männer	10.555	13.756	109.596	161.949
Frauen	1.751	2.441	41.560	112.338
Insgesamt	12.306	16.197	151.156	274.287

Kosten, die durch den Verzicht auf Abschläge bei vorzeitigem Rentenbezug entstehen, in Milliarden Euro

	2014	2015	2016	2017
Für den Rentenzugang 2014	0,14	0,14	0,15	0,15
Für den Rentenzugang 2015		0,34	0,34	0,35
Für den Rentenzugang 2016			0,34	0,34
Für den Rentenzugang 2017				0,34
Insgesamt	0,14	0,48	0,82	1,18

Besonders langjährig Versicherte: mindestens 45 Versicherungsjahre, in denen entweder Pflichtbeiträge gezahlt wurden oder die als Erziehungszeiten oder für nicht erwerbsmäßige Pflege angerechnet werden

Ursprungsdaten: Deutsche Rentenversicherung
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Die Rente mit 63 verursacht erhebliche Kosten für die Gesellschaft. Die Beitragszahler müssen höhere Lasten schultern, weil die Rentenversicherung auf Abschläge verzichtet, die die vorzeitigen Berufsausstieger eigentlich hätten zahlen müssen:

Allein im Jahr 2017 entgehen der Rentenversicherung durch die Rente mit 63 knapp 1,2 Milliarden Euro an Abschlagzahlungen.

Diese Summe steigt über die Jahre an, da immer neue „Frührentner“ hinzukommen, denen keine Abschläge in Rechnung gestellt werden. Entsprechend wirkt die Kalkulation der Bundesregierung, dass im Jahr 2025 nur 2 Milliarden Euro jährlich zusätzlich zu stemmen sein werden, sehr optimistisch.

Deutlich höher würde die Rechnung ausfallen, wenn man davon ausgeht, dass besonders langjährig versicherte Arbeitnehmer ohne dieses Privileg bis zur Regelaltersgrenze arbeiten würden. Wie hoch deren Anteil tatsächlich ist, lässt sich allerdings nicht seriös berechnen. Schließlich weiß man nicht genau, wer erst durch die Abschlagfreiheit dazu motiviert wurde, vorzeitig die Arbeit einzustellen, und wer auch mit Abschlägen bereits mit 63 den Dienst quittiert hätte.

Der Einfluss der Rente mit 63 dürfte allerdings erheblich sein, denn allein 2015 war ein Viertel der Neurentner Nutznießer des neu geschaffenen Privilegs.

Ebenso schwer zu beziffern sind die finanziellen Folgen für die deutsche Gesellschaft, wenn gut qualifizierte Fachkräfte mit viel Berufserfahrung vorzeitig aus dem Job ausscheiden.

Kernaussagen in Kürze:

- Die Rentengeschenke, die die Große Koalition nach der Wahl 2013 verteilt hat, kommen die Beitragszahler teuer zu stehen.
- Nach einer aktuellen Untersuchung des IW Köln belaufen sich die Zusatzkosten für die Mütterrente allein bis 2017 auf 24 Milliarden Euro - bis 2030 kommen noch einmal 106 Milliarden Euro dazu.
- Das Hauptproblem an der abschlagfreien Rente mit 63 ist, dass sie Hunderttausende ältere Erwerbstätige in den vorgezogenen Ruhestand treibt.